

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 74 (1980)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : Wahlen ohne Wahl

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Wahlen ohne Wahl

Edmund Burke, der Klassiker des europäischen Konservatismus, schrieb 1790 in seinen «Betrachtungen über die Revolution in Frankreich»: «Ein Staat, dem es an allen Mitteln zu einer Veränderung fehlt, entbehrt die Mittel zu seiner Erhaltung.» Die Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Bundesrepublik Deutschland zeigen, wie wenig Veränderung gefragt ist in einer Welt, die von sich selber glaubt, die «freie» zu sein. Gemeinsames Merkmal dieser Wahlen war, daß es nichts zu wählen gab, keine Alternative zum Status quo, keine «neuen Ufer», keine Zukunft, sondern nur Verlängerung der Gegenwart, wenn nicht gar reaktionäre Beschwörung der Vergangenheit. Was aber, wenn mit den Mitteln der Veränderung auch die Mittel der Erhaltung fehlen? Dann gibt es nur noch ein Rezept: die maßlose Aufrüstung der Militär- und Polizeiparate. Und auch der Umkehrschluß ist erlaubt: Wo Politiker nichts anderes mehr anzubieten haben als die Maximierung staatlicher Gewalt, als Drohgebärden nach innen und nach außen, da wird nichts Verteidigungswertes mehr verteidigt, da werden gerade die zukunftsträchtigsten Werte und ihre Träger unterdrückt, da tritt an die Stelle des Weltfriedens die «organisierte Friedlosigkeit».

Wohin treibt (uns) Amerika?

Das Beste am Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahl vom 4. November ist, daß Jimmy Carter nicht mehr gewählt wurde, das Schlimmste, daß sein Nachfolger Ronald Reagan heißt. Es war eine «negative Wahl». Gesiegt hat die Abneigung gegen Carter, nicht die Vorliebe für Reagan. Beide Kandidaten hatten nur einen Trumpf: die Unfähigkeit des Gegners. Den Ausschlag gaben nicht rationale Faktoren, sondern die Launen des fernen Ayatollah und die Verpackungskünstler an der nahen Mattscheibe. Bestimmten früher die USA, wer den Iran regieren sollte, so besiegelte diesmal das iranische Parlament den Ausgang der amerikanischen Wahlen. Die Bedingungen, die es für die Freilassung der amerikanischen Geiseln diktierte, verminderten Carters Stimmenanteil um zehn Prozent. Auch am «Fernsehduell» vom 28. Oktober schnitt der amtierende Präsident schlechter ab als sein Herausforderer. Carter argumentierte zwar etwas besser, beging jedoch den Fehler, nur zweimal zu lächeln. Reagan lächelte 14mal ... Gewählt wurde «Mr. Nice Guy», anstelle eines Präsidenten, der nichts mehr darstellte, wenigstens ein Präsidentendarsteller.

Von Carter . . .

Gewiß hätte es auch an rationalen Gründen nicht gefehlt, um den «guten Mann aus Plains» abzuwählen. Carter war der Präsident, der anfänglich zwar eine verheißungsvolle Menschenrechtspolitik zu entwickeln schien, diese dann aber zunehmend als Vehikel der psychologischen Kriegführung gegen die Sowjetunion einsetzte (vgl. NW 1978 359ff.). Vollends entlarvte sich der «Menschenrechtsimperialismus» der neuen Administration, als Carter am Altjahrabend 1977 den Schah des Iran seinen «besten Freund» nannte und als er nichts gegen das Somoza-Regime in Nicaragua unternahm, sondern im Gegenteil zuließ, daß dieses bis zuletzt mit israelischen Waffen unterstützt wurde. In El Salvador interveniert Carter noch heute mit «Beratern», Geld und Waffen gegen die Verwirklichung der Menschenrechte. «Die USA können kein zweites Nicaragua dulden, auch wenn sie bei der Verhinderung zu den verwerflichsten Mitteln greifen müssen», meinte unlängst Sicherheitsberater Brzezinski (Le Monde vom 10. Juni 1980).

Carter war auch der Präsident, der vor vier Jahren «Sicherheit durch Abrüstung» versprach, im letzten Wahlkampf dagegen von Reagan die Parole «Frieden durch Stärke» übernahm. Derselbe Carter, der bei seinem Amtsantritt die Militärausgaben um jährlich fünf bis sieben Milliarden Dollar senken wollte, rühmte sich nun, mehr für die Rüstung ausgegeben zu haben als jeder seiner Vorgänger. Mit der verschleppten Ratifizierung von Salt II, mit der Aufstellung einer 100 000 Mann starken Interventionstruppe gegen Oelländer und Befreiungsbewegungen und mit dem «Nachrüstungsbeschluß» der Nato vom 12. Dezember 1979 wurde schließlich die Entspannung weit mehr sabotiert als durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, der ohne diese und andere Provokationen der Carter-Administration vielleicht gar nie erfolgt wäre (vgl. NW 1980 121ff.).

Nicht weniger versagt hat Carters Wirtschaftspolitik. Der Erdnußfarmer aus Georgia hinterläßt eine Arbeitslosigkeit von 7,5 Prozent, eine zweistellige Inflationsrate, ein chronisches Zahlungsbilanzdefizit, fallende Dollarkurse und die Erosion der amerikanischen Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten.

. . . zu Reagan

Freilich, die politische und personelle Alternative zu Carter hätte trostloser nicht sein können. Gewählt wurde der Kandidat, der noch immer die gleiche Rede hält, die er vor dreißig Jahren im Auftrag der PR-Abteilung von General Electric einstudierte: gegen den «gottlosen Kommunismus», gegen den «allgemeinen Sittenzerfall» und gegen «Big Government» («groß» im Staat darf nur die Armee sein, aber die heißt dann nicht «big», sondern «great»). Auf dem Gebiet der Wirtschafts-

politik versucht sich der designierte Präsident in der Quadratur des Kreises: Er will die Lohn- und Einkommenssteuern in den nächsten drei Jahren um 30 Prozent senken, den Militäretat hingegen bis 1985 auf 294 Milliarden Dollar (jetzt 157 Milliarden) erhöhen und gleichzeitig auch noch das Budgetdefizit beseitigen. Sein Hauptziel ist die Wiederherstellung der «militärischen Ueberlegenheit» gegenüber der Sowjetunion, die er für «alle Unruhe der Gegenwart» verantwortlich macht.

Als unverzeihliche Fehler der jüngsten Vergangenheit betrachtet Reagan die Unterzeichnung von Salt II durch Carter, die Ratifikation der Panama-Verträge und die freien Wahlen in Simbabwe. Der Vietnamkrieg erscheint ihm noch heute als eine «edle Sache», für die er auch Atomwaffen eingesetzt hätte. Die sowjetische Intervention in Afghanistan hätte er mit einer Blockade Kubas beantwortet und die «Pueblo» den Nordkoreanern mit Gewalt entrissen. Israel will er auf Biegen und Brechen unterstützen, auch beim völkerrechtswidrigen Versuch, Jerusalem zu seiner Hauptstadt zu erklären.

Nicht besser wird die Reagan-Wahl durch die Erwartung, daß die amerikanische Wirtschaft und die ihr nahestehenden Regierungsglieder den neuen Präsidenten von einem wilden Katastrophenkurs abhalten werden. Ein ähnlicher Beschwichtigungsversuch war schon einmal, 1933, zu hören. Zwar ist Reagan kein Hitler, aber für unser «Atomzeitalter» sind seine Vorstellungen gefährlich genug. Auch im Senat wird Reagan in den nächsten Jahren kaum auf Widerspruch stoßen. Liberale Senatoren wie Frank Church, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, oder McGovern, der demokratische Präsidentschaftskandidat von 1972, sind der Diffamierungskampagne der «Moralischen Mehrheit», einer einflußreichen Gruppe rechtsradikaler Fundamentalisten, zum Opfer gefallen. Selbst Edward Kennedy verliert den Vorsitz im Justizausschuß an den 77jährigen Strom Thurmond, der die Wiedereinführung der Todesstrafe als sein wichtigstes Ziel bezeichnet.

Polarisierung nach innen . . .

Wenn Reagan und seine Parteigänger wirklich durchsetzen wollen, was sie im Wahlkampf propagierten, dann treibt die amerikanische Innenpolitik einer beispiellosen Polarisierung entgegen. Geringere Steuereinnahmen und höhere Militärausgaben werden einen massiven Sozialabbau einleiten. Nehmen wir Reagans Absage an die Gleichberechtigung der Geschlechter und an die Integration der Minderheiten in den Wirtschaftsprozeß hinzu, so sind die ökonomischen Verteilungskämpfe und die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre vorprogrammiert. Reagan wird der sich radikalisierenden Opposition verständ-

nislos gegenüberstehen, er, der selbst Nixons Watergate-Einbrecher mit der entlarvenden Bemerkung in Schutz nahm, daß sie «im Herzen keine Kriminellen» gewesen seien.

Die negative Bilanz der nächsten Administration ist vorhersehbar, selbst für die Wirtschaft. Die US-Börse, die zunächst von einem «Reagan-Rally» mit «historischen» Umsatzrekorden erfaßt worden war, haussiert längst nicht mehr. Auch der amerikanische Wähler wird umdenken müssen. Vielleicht gelangt er doch noch zur Einsicht, daß die gegenwärtige Misere nicht durch lächelnde Präsidentengesichter, sondern nur durch eine fundamentale Systemveränderung zu beheben sein wird. Laut einer Louis Harris-Umfrage haben heute noch ganze 18 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in Regierung und Kongreß. Daraus und aus der weiteren Tatsache, daß die soziologische Zusammensetzung der Nichtwähler in den USA eine auffallende Ähnlichkeit mit der Wählerstruktur der britischen Labour-Partei aufweist, wird immerhin deutlich, welch hohes politisches Veränderungspotential auch die amerikanische Gesellschaft in sich birgt. Mr. Reagan sollte vielleicht doch etwas vorsichtiger taktieren. Schließlich wurde er nur von einem Viertel der amerikanischen Stimmbürger gewählt.

... und nach außen

Reagans Verachtung für Demokratie und Menschenrechte in der Dritten Welt wird nicht ohne Folgen bleiben. In Lateinamerika applaudieren dem neuen Präsidenten bislang nur die Folterregimes von Chile, Argentinien, Bolivien, Guatemala, Haiti und El Salvador. Auch Südamerika sieht in ihm einen mächtigen Verbündeten für seine Revanchepolitik gegen die befreiten Staaten Angola, Moçambique und Simbabwe. Eine neue Kanonenbootpolitik, vorbereitet durch die «Carter-Doktrin», bedroht die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und insbesondere die Völker am Persischen Golf. Reagan wird vermutlich nicht nur viele Drittweltländer in Aufruhr versetzen, sondern auch seine eigene Nation spalten, ähnlich wie der Vietnamkrieg das «andere Amerika» mit der Unmenschlichkeit seiner Regierung konfrontierte.

Reagans Außenpolitik wird nicht zuletzt die westliche Militärallianz einer harten Belastungsprobe aussetzen. Die USA und Teile der europäischen Sozialdemokratie stehen sich schon heute an der lateinamerikanischen Bürgerkriegsfront gegenüber. Weitere Gegensätze zwischen den USA und Europa zeichnen sich ab: beim Vertrag über Salt II, der für Reagan ein «Kadaver», für Europa hingegen lebenswichtig ist; bei der vereinbarten Realerhöhung der Militärausgaben um drei Prozent, die von den USA nach wie vor gefordert, von den Europäern im Blick auf Nullwachstum und anhaltende Inflation aber relativiert wird; schließlich beim «Nachrüstungsbeschluß», der den USA die

Möglichkeit geben soll, die Sowjetunion von Europa aus mit 572 Mittelstreckenraketen zu bedrohen, den Europäern aber nichts bringt außer dem Risiko, als erste vernichtet zu werden. Vielleicht wird Reagan zum unfreiwilligen Geburtshelfer einer neuen europäischen Integration, die sich nicht mehr auf eine transatlantische «Schutzmacht» verläßt, sondern die auf einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem beruht, das den Prozeß der Entspannung völkerrechtlich, politisch und ökonomisch weiterentwickelt.

Zur Wahl des «kleineren Uebels» in der BRD

Was in der BRD zur Wahl stand, hatte eine vordergründige Ähnlichkeit mit der trostlosen Alternative zwischen Carter und Reagan. Für Demokraten unwählbar geworden war eine CDU, die sich mit dem Gespenst der «vierten Partei» dazu erpressen ließ, Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidaten zu nominieren. Noch wenige Tage vor der Wahl stolperte dieser einmal mehr über sich selbst, als er für den Bombenanschlag von München eine falsche Fährte legte, um von jener «Grauzone» abzulenken, «in der sich CDU/CSU und Rechtsradikalismus überlappen und in der Strauß wie kein anderer Politiker verehrt wird» (Der Spiegel vom 6. Oktober 1980). Wie ist es mit dem Demokratieverständnis einer Partei bestellt, die das wichtigste Amt im Staat einem Mann anvertraut hätte, der als Verteidigungsminister unter Adenauer die atomare Aufrüstung der Bundeswehr betreiben und, als seine Pläne bekannt wurden, die Pressefreiheit einschränken wollte; einem Mann, der im Ausland bald mehr Faschisten als Demokraten zu seinen Freunden zählt und der die heutige Situation in Chile als «Freiheit» bezeichnet; einem Mann, der mit den «roten Ratten» so aufzuräumen gedenkt, «daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr es wagt, in Deutschland den Mund aufzumachen»?

Auf der anderen Seite bot sich die SPD als eine wenig verlockende Alternative an. Hat nicht gerade sie dem Herrn Strauß 1966 bei der Bildung der Großen Koalition wieder zu politischer Ehrbarkeit verholfen? Hat nicht diese Partei den Notstandsgesetzen zugestimmt und seither zum Erlaß von Berufsverboten und zum Ausbau des Ueberwachungsstaates beigetragen? Was ist aus einer Partei geworden, die in den fünfziger Jahren gegen die Remilitarisierung der BRD im Rahmen der Nato kämpfte, heute aber einen Verteidigungsminister stellt, der nicht nur die stärkste Armee Westeuropas kommandiert, sondern auch das 25-Jahr-Jubiläum dieser Armee mit dem blasphemischen Brimborium eines «Bundeswehrgelöbnisses» feiert? Was aus einer Partei, die permanente Arbeitslosigkeit und Inflation noch immer wie Schicksalsfügung annimmt, statt sie aus den Gesetzmäßigkeiten des Spätkapitalismus zu begreifen? Was aus einer Partei, die sich als «bessere

CDU» verkaufen muß, um gegenüber einem Mann wie Strauß zu bestehen? Was aus einer Partei, die ihr radikalstes Anliegen darin sieht, die unter Adenauer eingeführte Montanmitbestimmung zu verteidigen?

Dennoch haben wir am 5. Oktober den Wahlsieg der Bonner Koalition mit Erleichterung aufgenommen. Anders als die Parteileitungen unterscheiden sich in der BRD wenigstens noch die Interessen der Mitglieder und Wähler der beiden großen Parteien. Gemessen an ihrer Klassenverankerung aber steckt in der SPD nach wie vor das größere Veränderungspotential als in der kapitalhörigen CDU. (Was die konservativen Bischöfe mit ihrem scheinheiligen Hirtenbrief zur «Staatsverschuldung» besser begriffen haben als jene sozialistischen SPD-Kritiker, die für die Grünen stimmten.) Wer aus sozialistischer Perspektive SPD wählte, der wählte nicht eine sozialdemokratisch geführte Regierung, der wählte vielmehr, so paradox es klingen mag, die Wähler dieser Regierung, Arbeitnehmerinteressen, die sich früher oder später durchsetzen werden.

Die Arbeiterbewegung in der BRD wird nicht bereit sein, dem historischen Kompromiß von Godesberg auch noch eine historische Kapitulation vor dem Bürgertum folgen zu lassen. In Fragen der Sparpolitik und der Montanmitbestimmung sind die ersten Konflikte zwischen der Regierungskoalition und den Gewerkschaften bereits aufgebrochen. Der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht neuestens von der Notwendigkeit, «dieser Regierung mitten ins Gesicht zu blasen» (Der Spiegel vom 10. November). Die SPD aber kann nicht mehr länger gegen die Arbeitnehmerinteressen regieren. Sie wird gegenüber dem kleineren Koalitionspartner härter auftreten müssen. Der Koalitionswechsel der FDP zur CDU ist absehbar, durch die Niederlage von Strauß auch möglich geworden. (Graf Lambsdorff sucht dafür schon lange den geeigneten Vorwand.) Die Reagan-Wahl mit ihren militär- und finanzpolitischen Konsequenzen dürfte ein weiteres zur Polarisierung zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum und damit zur Bildung eines neuen Bürgerblocks von CDU und FDP beitragen.

Es wäre auch für die europäische Arbeiterbewegung besser, die SPD würde in der Opposition zu ihren Ursprüngen zurückfinden, als in der Regierung bleiben, um einem krisengeschüttelten Wirtschaftssystem als soziale Reparaturkolonne zu dienen. «Mut zur Zukunft» wäre dann Motto und nicht nur Phrase in einer Regierungserklärung, wenn der demokratische Sozialismus endlich wieder wüßte, zu welcher Zukunft er denn eigentlich ermutigen sollte, nicht zur künstlichen, ja gewaltsamen Verlängerung der Gegenwart, sondern zum demokratischen und gewaltfreien Bruch mit ihr, zum unverlierbaren Ziel einer «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist».